



Co-friedensnobelpreisträger

Medienmitteilung

Jemen: Handicap International verurteilt Bombenangriff auf Krankenhaus von Ärzte ohne Grenzen

Genf, der 17. August 2016. Handicap International und fünf Hilfsorganisationen verurteilen den Bombenangriff der von Saudi-Arabien geführten Koalition auf ein von Ärzte ohne Grenzen unterstütztes Krankenhaus in der Stadt Abs im Gouvernement Haji. Oxfam, Care, Handicap International, Mercy Corps, Intersos und Save the Children fordern eine unabhängige Untersuchung des Angriffs, der sich nur zwei Tage nach einem anderen Luftschlag im Gouvernement Saada ereignete, bei dem 10 Kinder ums Leben kamen und 28 verletzt wurden. Schon früher waren drei Krankenhäuser von Ärzte ohne Grenzen im Jemen das Ziel von Militärschlägen.

„Erneut wurden im Jemen kranke und verwundete Menschen das Ziel eines schrecklichen Angriffs, sagt Sajjad Mohammad Sajid, Oxfams Landesdirektor im Jemen. Politiker in aller Welt dürfen nicht länger ihre Augen vor dem Leid von unschuldigen und schutzlosen Menschen verschliessen. Wir fordern alle Konfliktparteien auf, eine politische Lösung herbeizuführen, damit endlich das Blutvergiessen beendet wird.“

„Die saudisch geführte Koalition behauptet, Massnahmen zum Schutz von Kindern getroffen zu haben, ergänzt Edward Santiago, Landesdirektor von Save the Children im Jemen. Wenn allerdings weiterhin Schulen und Krankenhäuser angegriffen und Kinder getötet und verletzt werden, bleibt festzustellen: Diese Massnahmen wirken nicht.“

Seit dem Scheitern der Friedensgespräche in der letzten Woche sind die Kämpfe erneut aufgeflammt und die Zivilbevölkerung wieder ins Visier geraten. Die Eskalation der Gewalt und die Schliessung des wichtigsten Flughafens im Jemen bringen Millionen Menschen in höchste Gefahr.

Im vergangenen Jahr waren Luftangriffe für 60% der 785 getöteten und 1.168 verwundeten Kinder verantwortlich. Den Vereinten Nationen zufolge ist in den vergangenen Wochen die Zahl der zivilen Opfer angestiegen – zwischen Mitte April und Mitte August wurden 272 Tote und 543 Verletzte dokumentiert.

Über 2,8 Millionen Menschen mussten seit Ausbruch des Krieges aufgrund der massiven Gewalt fliehen. Die Vereinten Nationen und glaubwürdige Menschenrechtsorganisationen haben über zahlreiche Hinweise auf Kriegsverbrechen durch alle Konfliktparteien berichtet.

Mit einer aktuellen Petition bittet Handicap International um Unterstützung für die Forderung „Nein zu den Bombardierungen der Zivilbevölkerung!“, <http://petition.handicap-international.ch/de/>

Medienkontakt:

Nadia Ben Said, Medienbeauftragte
Tel.: 022 710 93 35 – von Montag bis Donnerstag
Mob.: 076 321 48 11
nbensaid@handicap-international.ch
www.handicap-international.ch

Sie finden uns auch auf Facebook
www.facebook.com/handicapinternationalschweiz

Zu Handicap International

Handicap International ist eine unabhängige gemeinnützige Organisation, die in Situationen von Armut und sozialer Ausgrenzung, von Konflikten und Katastrophen interveniert. Sie unterstützt Menschen mit Behinderung und andere besonders hilfsbedürftige Menschen, damit ihre grundlegenden Bedürfnisse gedeckt werden, sich ihre Lebensbedingungen verbessern und ihre Grundrechte besser respektiert werden.

Insgesamt ist die Organisation in ca. 60 Ländern aktiv. Handicap International ist eines der sechs Gründungsmitglieder der Internationalen Kampagne zum Verbot von Landminen (ICBL), die 1997 den Friedensnobelpreis erhalten hat, und aktives Mitglied der internationalen Koalition gegen Streubomben (CMC). 2011 wurde Handicap International mit dem Conrad N. Hilton Humanitarian Prize ausgezeichnet.

In Genf symbolisiert Broken Chair den Kampf gegen die Explosivwaffen und die Gewalt, die in bewaffneten Konflikten an den Zivilbevölkerungen verübt wird. Das gegenüber dem Sitz des Genfer Büros der Vereinten Nationen errichtete Denkmal von Daniel Berset auf Anfrage von Handicap International ist eine Herausforderung adressiert an die internationale Gemeinschaft. Es erinnert sie an ihre Verpflichtung, humanitäres Völkerrecht zu respektieren und die Zivilbevölkerung in bevölkerten Gebieten gegen den Einsatz von Explosivwaffen zu schützen.